



Maximilianeum

Das Online-Magazin des Bayerischen Landtags

Jahrgang 2 | Ausgabe Nr. 3 | April 2008



Mehr Lehrer für Bayerns Schulen Staatsregierung investiert zusätzlich 63 Mio. Euro

Kleinere Klassen, mehr Lehrer, mehr Ganztagsangebote – das versprechen sich Staatsregierung und CSU-Fraktion von ihrer aktuellen Bildungsoffensive. Die Opposition spricht dagegen von „Aktionismus vor der Landtagswahl“.

1021 zusätzliche Lehrerstellen will der Freistaat schaffen. Das soll das Ganztagsangebot fördern, die Mittagsbetreuung ausbauen und die Klassenstärken reduzieren. Gerhard Waschler (CSU) fordert zudem die angehenden Lehramtsstudenten auf, sich mehr für Mathematik und Naturwissenschaften zu interessieren, denn dort herrscht Mangel. „Viele Studenten studieren am Arbeitsmarkt vorbei“,



Kleinere Klassen soll es künftig an allen Schularten in Bayern geben – 33 Schüler pro Klasse sollen es maximal am Gymnasium sein, bis Ende 2013 seien laut CSU 30 Schüler realistisch. /Foto: ddp

so Waschler. Der SPD-Abgeordnete Ulrich Pfaffmann fordert den Rechtsanspruch auf die Ganztagschule für alle Schularten. Und Simone Tolle (Grüne) plädiert dafür, für Lehrer

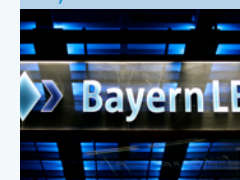
mehr „ordentliche Beschäftigungsverhältnisse“ zu schaffen statt befristeter Verträge.

[Lesen Sie mehr ab Seite 3](#)

Themen

Untersuchungsausschuss

Bayern LB – Wer trägt Schuld?



Seite 6

Geplantes Transrapidprojekt

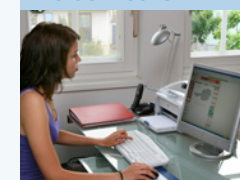
Wohin fließen die geplanten Gelder?



Seite 10

Förderprogramm für DSL

Weißer Flecken im Breitband-Atlas



Seite 11

Serie „Typisch Bayern“

Geschichte und Identität Schwabens



Seite 13

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Investition in Bildung zahlt die besten Zinsen“ erkannte bereits im 18. Jahrhundert der nordamerikanische Gelehrte und Staatsmann Benjamin Franklin. Das Bildungssystem ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit des Einzelnen, aber auch der Gesellschaft. Das gilt insbesondere im Zeitalter der Globalisierung, in dem unser Land nicht nur bei der Produktion, sondern auch bei der Qualifikation zunehmend im Wettbewerb mit anderen Regionen und Nationen steht.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen ist in Bayern die Bildungspolitik auf der Agenda ganz nach oben gerückt: Staatsregierung und CSU-Fraktion haben Anfang April eine Bildungsoffensive gestartet und zusätzlich 63 Millionen Euro an Mitteln im Nachtragshaushalt bereitgestellt. SPD und Grüne sehen indes diese seit Jahren geforderten Gelder nicht richtig eingesetzt, sprechen von Aktionismus vor der Landtagswahl. [➔ MEHR](#)

35 Sitzungen, 116 Zeugenvernehmungen, insgesamt 776 Aktenordner – nach zwei Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss Wildfleisch und Verbraucherschutz haben am 23. April die

Landtagsfraktionen ihre Ergebnisse vorgelegt. Die Bilanz, die dabei gezogen wurde, fiel unterschiedlich aus. [➔ MEHR](#)

Ein Untersuchungsausschuss wurde beendet, ein anderer begonnen: der Untersuchungsausschuss Landesbank. Bis zur Sommerpause im Juli wollen die Mitglieder dieses Ausschusses klären, ob Finanzminister Erwin Huber den Landtag ausreichend über die Milliardenrisiken der BayernLB unterrichtet hat. [➔ MEHR](#)

Es war eine Premiere im Landtag: Zum ersten Mal sprach im Maximilianeum mit Norbert Lammert ein Bundestagspräsident vor der Vollversammlung. Lammert warnte in seiner Rede vor einem zunehmenden Vertrauensverlust der Bürger in die Politik und zog daraus die mit viel Beifall quittierte Schlussfolgerung, dass die Politik bescheidener in den Ankündigungen, anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen werden sollte. [➔ MEHR](#)

In unserer Serie „Typisch Bayern“ wirft „Maximilianeum“ in dieser Ausgabe einen Blick auf die Geschichte, die Lebensweise und die

Mentalität der Menschen im Bezirk Schwaben. So zeigt das Schwabenbild nach Meinung von Bezirksheimatpfleger und Gast-Autor Dr. Peter Fassl eine eigenartige Konstanz über Jahrhunderte hinweg. [➔ MEHR](#)

Die Schwaben bildeten übrigens auch während der Allgäuer Wochen die „stärkste Fraktion“ im Maximilianeum. Musikalische und kulinarische Spezialitäten, aber auch vielfältige Informationsangebote zu erfolgreichen Regionalentwicklungsprojekten zeigten: Das Allgäu ist nicht nur reich an Kultur und Natur, sondern auch reich an Ideen. [➔ MEHR](#)

Wir haben für Sie auch wieder eine Ausgabe reich an Themen zusammengestellt und wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre!

Die Redaktion

Inhalt

Editorial 2

Titelthema
Mehr Lehrer für Bayerns Schüler
Schulpolitik in Bayern 3
Längere gemeinsame Schulzeit sinnvoll? 5

Aktuelles
Bayern LB:
Untersuchungsausschuss eingesetzt 6
Wildfleisch-Untersuchungsausschuss:
Fraktionen ziehen Bilanz 8
Bundestagspräsident hält Rede im Plenum 9
Transrapidgelder auf dem Wunschzettel 10
Förderprogramm für DSL-Leitungen 11
Meldungen aus den Ausschüssen 12

Serie
„Typisch Bayern“
Schwaben – Geschichte und Identität 13

Reportage
Wo Gemeinsames über Trennendes siegt:
Verein ehemaliger Abgeordneter 15

Notizen
Arbeitskreis „Hohn & Spott“ in Aktion 17
Dauerausstellung:
Sternstunden der Parlamentsstenografie 18
EPSILON-Schülerparlament tagte 20
Allgäuer Wochen, Impressum 21

Schulpolitik in Bayern

Staatsregierung verkündet Bildungsoffensive – Skepsis bei der Opposition

Kleinere Klassen, mehr Lehrer, mehr Ganztagsangebote – das versprechen sich Staatsregierung und CSU-Fraktion von ihrer Bildungsoffensive. 63 Millionen Euro stehen zusätzlich bereit. Die Opposition bleibt skeptisch: Die von SPD und Grünen seit Jahren geforderten Gelder würden nicht richtig eingesetzt, die Bildungsoffensive sei purer Aktionismus vor der Landtagswahl.

Noch während der Beratungen zum Nachtragshaushalt ist auf Initiative der CSU-Fraktion weiteres Geld für die Bildung bereitgestellt worden. Allein im laufenden Haushaltsjahr 2008 sollen 21 Millionen Euro zusätzlich für Lehrer ausgegeben werden, für 2009 sind hierfür weitere 42 Millionen angekündigt. Diese insgesamt 63 Millionen Euro stammen aus dem Zukunftsprogramm „Bayern 2020“ und sollen durch Steuermehreinnahmen zurückfließen. Verwendet werden soll das zusätzliche Geld für 1021 weitere Lehrerstellen. Zusammen mit bereits beschlossenen Aufstoc-kungen addieren sich die zusätzlichen Stellen zum neuen Schuljahr auf 2245. Mit Hilfe der

zusätzlichen Pädagogen wollen Staatsregierung und CSU mehr Ganztagsangebote schaffen, die Mittagsbetreuung ausbauen und die Klassenstärken reduzieren.

Opposition spricht von „Panikaktion nach den verlorenen Kommunalwahlen“

Die Opposition allerdings ist mit der Schulpolitik der CSU weiterhin unzufrieden: Die angekündigten neuen Stellen reichten nicht aus, um die Klassenstärken auf 30 Schüler zu senken, prophezeit SPD-Politiker Pfaffmann. Die Bildungsoffensive, die alte SPD-Forderungen aufgreife, wertet er als „Panikaktion nach den verlorenen Kommunalwahlen“ und ein „nicht

einmal dürrtig verpacktes Wahlgeschenk“. Die SPD fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz – und zwar für alle Schularten. Ein Schwerpunkt bei den neuen Ganztagsangeboten sind die Haupt- und Förderschulen: Hier können alle Anträge, die von der Konzeption her förderfähig sind, auch genehmigt

werden, verspricht das Kultusministerium. An 175 Haupt- und 30 Förderschulen zusätzlich soll es künftig gebundene Ganztagsklassen geben. Gebunden heißt: Dort findet im Gegensatz zu offenen Angeboten der Unterricht nach einem pädagogischen Konzept über den Tag verteilt statt, die Betreuung übernehmen



Kleinere Klassen und mehr Ganztagsbetreuung verspricht Kultusminister Schneider.

/Foto: dpa

Schulpolitik in Bayern

vorwiegend professionelle Lehrkräfte. Kleinere Klassen zur individuellen Förderung soll es künftig an allen Schularten geben – auch am Gymnasium. 33 Schüler sollen dort maximal in einem Klassenraum sitzen, wünscht sich Kultusminister Schneider. Bis Ende der kommenden Legislaturperiode 2013 hält er 30 Schüler pro Klasse für realistisch – angesichts des Lehrermangels speziell am Gymnasium ein ehrgeiziges Ziel. Während man sich im Kultusministerium um pädagogischen Nachwuchs an Grund-, Haupt- und Realschulen kaum Sorgen macht, wird es an Gymnasien schwer, die zusätzlichen Stellen zu besetzen.

Lehrkräfte für die Stellen am Gymnasium sind Mangelware

Bei der Präsentation der Bildungsoffensive sprach Schneider denn auch von „Lehrstellenäquivalenten“: Da es zu wenig Gymnasiallehrer gibt, werden viele Stellen nicht als ganze besetzt werden, sondern durch Teilzeitkräfte wie Lehrer in Elternzeit oder frisch Pensionierte. Auch auf Quereinsteiger wird man nicht verzichten können. Nach Informationen des bayerischen Philologenverbandes sind zu Schuljahresbeginn 670 Junglehrer neu auf dem Arbeitsmarkt. Rund 400 Gymnasiallehrer gehen in Ruhestand und müssen ersetzt werden. Da wird es knapp für die 830 zusätzlichen Stellen, die am Gymnasium

entstehen sollen. Der Mangel bestehe vor allem in bestimmten Fächerkombinationen in Mathematik und Naturwissenschaften, sagt Gerhard Waschler (CSU). „Zu viele Studenten studieren am Arbeitsmarkt vorbei“, kritisiert der Vorsitzende des Bildungsausschusses. Deshalb müsse man versuchen, mehr Abiturienten für die entsprechenden Studiengänge zu be-

geistern. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD), Vize im Bildungsausschuss, fordert hingegen, jeden Junglehrer einzustellen und flexibler einzusetzen als bisher. Und Simone Tolle (Grüne) plädiert dafür, auf befristete Verträge zu verzichten und „ordentliche Beschäftigungsverhältnisse“ anzubieten, um den Beruf des Gymnasiallehrers wieder attraktiver zu machen.

Und auch das achtstufige Gymnasium (G 8) hat sich die CSU noch einmal vorgenommen. Die bislang 266 Jahreswochenstunden, die ein Schüler am G 8 von der 5. bis zur 8. Stufe absolvieren muss, sollen um sechs gekürzt werden. Das heißt, in sechs von acht Schuljahren fällt jeweils eine Wochenstunde weg.

Künftig erst ab der 6. Klasse auch Unterricht am Nachmittag

Um die häufig beklagte Belastung zu beschränken, darf es künftig erst ab der 6. Klasse Nachmittagsunterricht geben. Bis zur 8. Klasse soll sich der Nachmittagsunterricht auf einen Tag pro Woche beschränken. Die Opposition äußert Kritik: Es handle sich „nicht um nachhaltige Verbesserungen“, so Hans-Ulrich Pfaffmann. „Stundenkürzungen oder Kürzungen in den Lehrplänen sind Kosmetik. Was wir brauchen, sind ausreichend Mittel für den Bildungsbe- reich.“ Tolle spricht von einer „nur kurzfristigen Beruhigung der Eltern, Schüler und Lehrer.“ Laut CSU soll insgesamt ein Neuntel des Stoffes wegfallen. Intensivierungsstunden soll es auch weiterhin geben, allerdings ist die Hälfte davon künftig frei wählbar. Eine weitere Initiative, ist aus CSU-Kreisen zu erfahren, soll Druck aus dem vierten Grundschuljahr nehmen. Eine Zusammenlegung von Schularten, wie sie die Opposition fordert, sei jedoch nicht geplant.



Lehrermangel herrscht vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern und Mathematik.

/Foto: dpa

/Anke Sauter

Ist eine längere gemeinsame Schulzeit sinnvoll?

Ob die Schulzeit abhängig von der Begabung im gegliederten Schulsystem aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium verbracht werden sollte oder lieber gemeinsam in einer Gesamtschule – darüber streiten deutsche Bildungspolitiker seit Jahrzehnten. Im Zuge der bayerischen Bildungsreformen kocht die Diskussion wieder hoch.



Stimmen der Fraktionen

Gerhard Waschler (CSU): Wenn wir über Bildungspolitik reden, steht immer das Kind im Vordergrund. Deshalb fördern wir jedes einzelne Kind gemäß seiner Begabung. Unsere Schülerinnen und Schüler im bayerischen gegliederten Schulsystem liefern in allen Vergleichsstudien die besten Ergebnisse in Deutschland und liegen auch international in der Spitzengruppe. Wir lassen die Leistung unserer Kinder und unserer Lehrer nicht von der Opposition schlechreden. Ganz aktuell hat auch eine vom SPD-Bildungssenator in Berlin in Auftrag gegebene Studie gezeigt, dass eine längere gemeinsame Schulzeit die besseren Schüler benachteiligt und für die schwächeren Schüler keine Vorteile bringt – eine Ohrfeige für SPD und Grüne. Die Einheitsschule von SPD und Grünen schadet den Kindern. Statt einer längeren gemeinsamen Schulzeit setzen wir auf begabungsgerechte Förderung. Wir kombinieren das mit einer verbesserten Durchlässigkeit. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ heißt unser Motto. So kann auch jedes Kind mit Hauptschulabschluss später noch studieren, wenn es dies will und den Weg über die berufliche Bildung geht.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aktuell wird eine Studie mit dem Titel „ELEMENT“ fälschlicherweise als Argument gegen eine längere gemeinsame Schulzeit und für die frühzeitige Selektierung der Kinder nach der 4. Klasse Grundschule missbraucht. Dabei wird ausgeblendet, dass darin das Leistungsniveau von nur sieben Prozent besonders begabter Schüler, die freiwillig bereits am Ende der 4. Klasse ins Gymnasium wechselten, verglichen wurden mit 93 Prozent sehr heterogen zusammengesetzter Grundschüler. Ausgehend vom unterschiedlichen Leistungsniveau beider Gruppen am Ende der 4. Klasse machten sowohl die Grundschüler als auch die Gymnasiasten in der 5. und 6. Klasse die gleichen Fortschritte. Unstrittig ist ferner, dass gerade leistungsschwächere Schüler und „Spätzügler“ von einer längeren gemeinsamen Schulzeit ohne Übertrittsdruck profitieren. Es profitieren aber auch die Leistungsstarken und Hochbegabten, wenn unsere jahrelange Forderung nach einer intensiven individuellen Förderung der Kinder entsprechend ihrer Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen endlich umgesetzt wird. Dies geht nur in kleinen Klassen, mit motivierten, gut ausgebildeten Lehrkräften und am besten im rhythmisierten Ganztagsunterricht.

Simone Tolle (Grüne): Bildung ist in einer globalisierten Welt der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg eines Staates. Darüber hinaus hat jedes Kind das Recht, die ihm und seinen Talenten zustehende Bildung zu erhalten. Bildungserfolg ist in Bayern jedoch abhängig vom sozialen Status der Eltern der Kinder. Am stärksten benachteiligt sind laut dem bayerischen Bildungsbericht Migrantenkinder. Deshalb stellt sich die Frage, ob ein mehrgliedriges Schulsystem in einer globalisierten Welt zukunftsfähig ist, wenn es Bildungschancen nicht nach Fähigkeiten, sondern nach dem Geldbeutel der Eltern verteilt.

Hinzu kommt in Bayern die demografische Entwicklung: In den nächsten zehn Jahren wird es überall zu einer rasanten Abnahme der Schülerzahlen kommen. Ein gegliedertes Schulsystem wie das bayerische wird allein vor diesem Hintergrund kapitulieren müssen. Um ein leistungsorientiertes und ein sozial gerechtes Schulsystem zu bekommen, müssen wir nur in unsere Nachbarländer schauen: Dort gehen alle Kinder lange Jahre gemeinsam in die Schule am Ort.

Wer trägt Schuld in Sachen BayernLB?

Der Landtag hat den dritten Untersuchungsausschuss der Legislaturperiode eingesetzt

Ob Finanzminister Erwin Huber den Landtag ausreichend über die Milliardenrisiken der BayernLB unterrichtet hat, das soll jetzt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären.



Peter Welnhöfer (CSU) sitzt dem Ausschuss vor, Stellvertreterin ist Adelheid Rupp (SPD).

Foto: ddp

Die BayernLB gehört jeweils zur Hälfte Bayerns Sparkassen und dem Freistaat. Wie andere Landesbanken auch ist sie stark von der internationalen Finanzkrise betroffen. Die BayernLB musste Belastungen in Milliardenhöhe bekanntgeben. Hauptgrund sind risikoreiche Anlagen in US-Hypothekenspapieren, die im Zuge der weitgreifenden sogenannten Subprime-Finanzkrise das Gros der internationalen Kreditinstitute überrascht hat. Die BayernLB verfügt derzeit über ein 24 Milliarden Euro schweres Portfolio in diesem Segment. Um die Rating-Agenturen nicht zu beunruhigen und der BayernLB günstige Zinsen zu si-

chern, hat die Staatsregierung gemeinsam mit dem Sparkassenverband eine Bürgschaft von 2,4 Milliarden Euro übernommen. Auf Drängen der Opposition soll der Untersuchungsausschuss nun auch klären, ob die Staatsregierung eine Mitschuld an der Misere trägt.

Der Ansicht des SPD-Abgeordneten Werner Schieder, Landesbanken sollten sich prinzipiell nicht in risikoreichen Anlagen betätigen,

Fortsetzung Seite 7

Die drei Untersuchungsausschüsse der 15. Legislaturperiode (2003–2008)

Der Untersuchungsausschuss Hohlmeier

tagte vom 16. Dezember 2004 bis 15. Februar 2007 und befasste sich mit möglichen Verfehlungen der damaligen Kultusministerin Monika Hohlmeier.

Der Untersuchungsausschuss Wildfleisch und Verbraucherschutz

tagte vom 19. Mai 2006 bis 6. Mai 2008 (offizieller Abschluss) und prüfte mögliche Versäumnisse und etwaige unzulässige politische Einflussnahme bei der Kontrolle von Wildfleisch-Händlern im Freistaat.

Der Untersuchungsausschuss Landesbank

tagt seit dem 3. April 2008 und untersucht mögliche Versäumnisse der Staatsregierung bei der Kontrolle der BayernLB und der korrekten Unterrichtung des Bayerischen Landtags.

Im Juli will der Landesbank-Untersuchungsausschuss Bilanz ziehen

Die Vorschläge des Finanzministers zur Zukunft der BayernLB

Um die aus der Subprime-Krise resultierenden bisherigen und möglicherweise künftigen Verluste abzusichern, bürgen die bayerischen Sparkassen und der Freistaat als Gesellschafter der BayernLB mit je 2,4 Milliarden Euro. Die genauen Modalitäten sind noch offen, diskutiert werden fünf verschiedene Modelle.

Ziel der Bürgschaft ist die Sicherung des Geschäftsmodells und die Werthaltigkeit der Unternehmensbeteiligung der Eigentümer. Wie die Bürgschaft genau umgesetzt werden soll, entscheidet sich erst in den kommenden Monaten.

So könnte der Freistaat eine Garantie von 2,4 Milliarden Euro unmittelbar gegenüber der BayernLB abgeben. Eine andere Möglichkeit wäre eine Garantie gegenüber einer ausgelagerten Zweckgesellschaft oder gegenüber Fremdkapitalgebern der Zweckgesellschaft, wie dies bei der ebenfalls in Schieflage geratenen nordrhein-westfälischen WestLB der Fall ist. Bei der dritten Variante würde die Garantie durch einen Dritten erfolgen, dem der Freistaat eine Rückgarantie gewähren würde; dabei würde er erforderlichenfalls bis zu 49 Prozent seiner BayernLB-Anteile zu Sicherungszwecken

einsetzen. Bei der vierten Lösung würden diese Anteile im Garantiefall an den Dritten übertragen. Und beim fünften Modell könnte ein Dritter über eine Kapitalerhöhung Anteile an der BayernLB erwerben. Vor der Entscheidung werde er den Bayerischen Landtag fragen, so Huber. /der



Der Steinlöwe vor der Landesbank. /Foto: ddp

setzt die CSU-Regierung entgegen, jahrelang habe die BayernLB mit ihrer Geschäftspolitik ordentliche Gewinne erwirtschaftet. Der Untersuchungsausschuss wird auf Antrag der CSU-Fraktion deutlich mehr Zeugen vernehmen als zunächst geplant. 22 Personen sollen aussagen, darunter Finanzminister Erwin Huber und der frühere Finanzminister Kurt Faltlhauser. Von der BayernLB sollen Vorstandschef Michael Kemmer, Ex-Chef Werner Schmidt und Sparkassen-Präsident Siegfried Naser als Chef des BayernLB-Verwaltungsrats Rede und Antwort stehen.

SPD und Grüne wollen wissen, was Finanzminister Huber wann über die BayernLB-Belastungen gewusst hat und ob er den Landtag korrekt informiert hat. Und auch Ministerpräsident Günther Beckstein, der als Innenminister lange im Verwaltungsrat saß, muss vor dem Ausschuss aussagen. „Beckstein steht mindestens so sehr in der Verantwortung wie Huber“, sagt Grünen-Fraktionschef Sepp Dürr. „Die Krise einer Landesbank ist automatisch eine Krise der Regierung“, sekundiert SPD-Fraktionschef Franz Maget. Das habe in Sachsen zu Konsequenzen geführt – nämlich zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU) – „und die schließe ich auch für Bayern nicht aus“, so Maget. Scharf zurück weist CSU-Generalsekretärin Christine Haderthauer die Vorwürfe der Opposition:



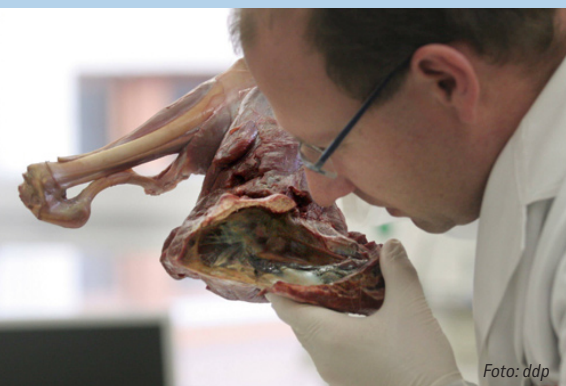
Finanzminister Erwin Huber am Rednerpult des Plenarsaals im Bayerischen Landtag. /Foto: ddp

„Ein plummes und durchschaubares Wahlkampf-Manöver.“ Den Vorsitz des Ausschusses hat Peter Welnhöfer (CSU) inne, Stellvertreterin ist Adelheid Rupp (SPD). Neben Sepp Dürr (Grüne) und dem SPD-Abgeordneten Werner Schieder gehören dem Gremium auf CSU-Seite noch Robert Kiesel, Alexander König, Philipp Graf von und zu Lerchenfeld, Jürgen Vocke und Bernd Weiß an. /Jan Dermietzel

Untersuchungsausschuss für Wildfleisch und Verbraucherschutz

Fraktionen ziehen Bilanz

35 Sitzungen, 116 Zeugenvernehmungen, 776 Aktenordner – nach zwei Jahren Arbeit im Untersuchungsausschuss legen die Mehrheitsfraktion und die Opposition ihre Ergebnisse vor. Während die CSU von kriminellen Einzelfällen spricht, beklagen SPD und Grüne mafiöse Strukturen in der Fleischbranche und eine Kultur des Wegschauens bei den Behörden. /kh



Stimmen aus den Fraktionen

Thomas Kreuzer (CSU):

Die Beweisaufnahme des Wildfleisch-Untersuchungsausschusses hat immer wieder bestätigt, dass es sich bei den Vorfällen nicht um ein Versagen des Kontrollsystems im Ganzen gehandelt hat, sondern um kriminelle Vorgehensweisen einzelner Fleischfirmen. Im Übrigen wird in der Branche im Einklang mit den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen gearbeitet. Es ergab sich nicht der geringste Anhaltspunkt dafür, dass es in irgendeinem der Fälle „Kungeleien“ zwischen den Behördenvertretern vor Ort und den Firmen gegeben habe. Die festgestellten Manipulationen wurden gezielt an den Behörden vorbei vorgenommen. Dabei wurde getäuscht und getrickst. Es handelt sich im Ergebnis bei den behandelten Fällen um Kriminalfälle. In keinem der untersuchten Fälle konnte eine Gefahr für die Gesundheit von Verbrauchern festgestellt werden. Da im Lebensmittelhandel aber offensichtlich auch kriminelle schwarze Schafe tätig sind, hat Bayern bereits ein Bündel von Maßnahmen umgesetzt. Diesen Weg gilt es weiter zu beschreiten.



Werner Müller (SPD):

Nach 35 Sitzungen mit 116 gehörten Zeugen und drei Sachverständigen ziehe ich als stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses folgende Bilanz: Es war einer der erfolgreichsten Untersuchungsausschüsse der vergangenen Jahrzehnte. Unser Ziel war es von Anfang an, den Verbraucherschutz in Bayern wiederherzustellen. Dies ist durch die Neuordnung der Lebensmittelkontrollen gelungen. Ohne diesen Ausschuss hätte die Staatsregierung dies nie auf den Weg gebracht. Zur gewaltigen kriminellen Energie der betroffenen Ekelfleisch-Unternehmen beziehungsweise ihrer Manager kam noch organisiertes Wegschauen hinzu. Die Kontrollbehörden sind ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Und wenn sie einmal hingesehen haben, dann mit Ansage. Der Staatsregierung werfe ich schwerwiegende Systemfehler und Versagen bei der Ausgestaltung von Kontrollen vor. Es hat mit Kenntnis von Behördenleitern wegen des Personalabbaus in den Jahren zuvor rechtsfreie Räume gegeben, in denen sich Fleischunternehmer haben austoben können.



Adi Sprinkart (Bündnis 90/Die Grünen):

Bei den untersuchten Gammelfleischskandalen herrschte eine Kultur des Wegsehens. Wegen der Berechenbarkeit der Kontrollen und der unzureichenden Zusammenarbeit der beteiligten Behörden konnte die staatliche Seite dem kriminellen Handeln dieser fünf Fleischhändler nichts Adäquates entgegensetzen. Diese Erkenntnisse werden in einem Inspektionsbericht der EU-Kommission bestätigt.



Aus unserer Sicht müssen die Kontrollen effektiver werden. Sie müssen ohne Ankündigung erfolgen und z.B. auch nachts, wenn dort gearbeitet wird. Beim Verdacht auf kriminelles Handeln müssen die dafür zuständigen Stellen wie Zoll und Polizei mit einbezogen werden, das gilt insbesondere für international agierende Unternehmen. Schließlich darf es nicht mehr passieren, dass diese schwarzen Schafe im Fleischgeschäft ihre kriminellen Machenschaften unbehelligt fortsetzen. Wenn der gesetzliche Rahmen dafür nicht ausreicht, muss er geschaffen werden.

Lammert warnt vor Vertrauensverlust

Rede des Bundestagspräsidenten über Parlamentarismus und Föderalismus

Premiere im Bayerischen Landtag: Zum ersten Mal sprach im Maximilianeum mit Norbert Lammert ein Bundestagspräsident vor der Vollversammlung. In seiner Bestandsaufnahme zum gegenwärtigen Zustand von Föderalismus und Parlamentarismus warnte Lammert vor einem zunehmenden Vertrauensverlust der Bürger in die Politik.

Zunächst attestierte Lammert Bayern einen besonderen Status in Deutschland – historisch und politisch, aber auch mit Blick auf die Geographie, die Ökonomie und die Kultur. Hier sei, im Gegensatz zur großen Mehrzahl der übrigen Bundesländer, eine sehr starke Identifikation mit der Landesebene zu finden: „In Bayern“, so Lammert, „ist die Identifikation der Menschen mit dem Land, mit dem Freistaat, fast genauso hoch wie die Identifikation mit der unmittelbaren engeren Heimat, deutlich höher als die Identifikation mit der Bundes-



Norbert Lammert vor der Vollversammlung.

ebene und nochmals deutlich ausgeprägter als mit der europäischen Ebene.“ Zweifellos, so der Präsident des Bundestags, sei Bayern ein besonders eindrucksvolles Beispiel für einen gelebten und kraftvollen Föderalismus. Bei aller Freude und begründetem Stolz auf die Leistungen und Erfolge der zweiten deutschen Republik konstatierte Lammert eine allgemeine Missstimmung gegenüber Politik und politischen Institutionen im öffentlichen Ansehen: „Das, was wir zum Funktionieren einer

demokratischen modernen Gesellschaft am dringendsten brauchen, geht zunehmend verloren, nämlich Vertrauen.“ Als Indiz wertete er die rückläufige Wahlbeteiligung. Die Partei der Nichtwähler sei inzwischen die Gruppierung in Deutschland mit den höchsten Zuwachsraten. Zudem verwies der Bundestagspräsident auf die schwindende Kraft der Volksparteien, Wähler zu binden.

Wichtiger und wirksamer als schwankende Popularität sei Glaubwürdigkeit: „Was die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, kann sie an Popularität weder gewinnen noch ausgleichen“, so Lammert. Er zog daraus die mit allgemeinem Beifall quittierte Schlussfolgerung, dass die Politik bescheidener in den Ankündigungen,



Gedankenaustausch der Parlamentspräsidenten.

anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen werden sollte. Zweifellos hätten sich die Aufgaben der Parlamente gewandelt und seien nicht geringer geworden. So werde der Lissaboner Vertrag die Rolle der Parlamente im europäischen Entscheidungsprozess stärken. Gleiches gelte für die Föderalismusreform: Durch die eindeutige Zuweisung von Zuständigkeiten sei die Aufgabenstellung der Parlamente gewachsen.

Lammert trug sich anschließend in das Ehrenbuch des Landtags ein. Auf dem Programm standen auch Gespräche mit Ministerpräsident Günther Beckstein und Landtagspräsident Alois Glück sowie ein Mittagessen mit dem Präsidium und den Fraktionsvorsitzenden. /kh



Während der Rede Norbert Lammerts im Plenum.

Transrapidgelder auf dem Wunschzettel

Abgeordnete geben sich erfinderisch bei der Verteilung von 490 Millionen Euro

490 Millionen Euro wollte Bayern zum Bau des Transrapid beisteuern. Nach dem „Aus“ für die Magnetschwebbahn wird diese Summe nun nicht mehr benötigt. In welche alternativen Projekte soll das Geld fließen?

Als Ministerpräsident Günther Beckstein Ende März das Aus für den Transrapid in München verkündete, begrub er damit zum einen ein Hochtechnologieprojekt. Zum anderen war er ab diesem Moment in der Lage, sich Gedanken über die Verteilung der plötzlich freigewordenen Transrapid-Gelder in Höhe von 490 Millionen Euro zu machen. Beckstein will die Summe in neue Hochtechnologie-Projekte stecken.

Ein Konzept dazu soll im Sommer fertig sein. Einzelheiten sind Beckstein derzeit nicht zu

entlocken. Dafür überbieten sich die Fraktionen mit Ideen. „Bei mir sind schon viele Schreiben eingegangen. Um alle Wünsche zu erfüllen, reichen die 490 Millionen bei weitem nicht aus“, berichtet CSU-Fraktionschef Georg Schmid vom Erfindergeist der Abgeordneten.

Technologieförderung contra Nahverkehr

Fest steht auch für Schmid, dass die Mittel in die Technologieförderung fließen sollen. Das sei für ihn die logische Fortsetzung der „Offensive Zukunft Bayern“ aus dem Jahr 1993 und der High-Tech-Offensive des Jahres 1999. Schmid sieht darin zudem die „optimale Ergänzung“ des bereits beschlossenen Programms „Zukunft Bayern 2020“, dessen bisherige Schwerpunkte Kinderbetreuung, Bildung, Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und der Klimaschutz sind. Alle Landesteile sollten davon profitieren, so Schmid.

SPD-Fraktionschef Franz Maget hingegen favorisiert Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur: „Durch die Konzentration auf den Transrapid sind viele Schienenprojekte liegengeblieben.“ Als Beispiele nennt er die S-Bahn-Netze in München, Nürnberg und Augsburg. Für eine breite Verwendung der Gelder plä-



Nach dem „Aus“: Der Transrapid wird kein Münchner Verkehrsmittel.

/Foto: dpa

diert sein Stellvertreter Thomas Beyer. Für ihn steht die Verbesserung des Nahverkehrs im ländlichen Raum an erster Stelle, doch sieht er auch Bedarf bei Schule und Bildung sowie im Sozialen. „Die eingesparten Millionen müssen voll den Menschen zugute kommen“, fordert Beyer. Bei den Grünen herrscht Einigkeit über die Mittelverwendung: „Die 490 Millionen Euro waren Mittel für ein öffentliches

Verkehrsmittel, deshalb sollen sie auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden“, erklärt der Grünen-Verkehrspolitiker Christian Magerl. Als Beispiele nennt Magerl mehr Mittel für die zuletzt stark gekürzte Förderung zur Anschaffung moderner Linienbusse, die Beschaffung neuer Nahverkehrszüge und die Ausweitung des Fahrplanangebots im Bahnverkehr. */Jürgen Umlauf*

Wirtschaftsausschuss: Bayern legt Förderprogramm für DSL-Leitungen auf dem Land vor

Weißer Flecken im Breitband-Atlas

Ob Chiemgauer Autohändler oder oberpfälzische Architektin: Wer im ländlichen Raum lebt, hat möglicherweise ein Infrastruktur-Problem. Vor allem, wenn die eigene Firma im weißen Fleck auf dem Breitband-Atlas sitzt.

Während in den meisten Städten Bayerns Firmen wie Privathaushalte über DSL-Anschlüsse Zugang zum schnellen Internet haben, mühen sich Unternehmer auf den Dörfern über ihre ISDN-Leitungen ab. Das ist nicht nur zeitraubend, sondern auch existenzgefährdend. Für den VW-Händler im Chiemgau etwa, weil der Zugang ins konzernerneigene Intranet DSL-Tauglichkeit voraussetzt, für den Dienstleister in Mittelfranken und die oberpfälzische Architektin, weil die Dauer für Versenden und Empfangen großer Datenmengen wie

Unternehmensprofile oder Baupläne nicht mehr konkurrenzfähig ist. Natürlich gäbe es Alternativen. Doch Standleitungen der Telekom sind gerade für Kleinunternehmer kaum erschwinglich, und funkgestützte DSL-Lösungen bieten für die sensiblen Kundendaten zu wenig Abhörschutz. Bis spätestens 2010 sollen all diese Probleme der Vergangenheit angehören. Wirtschaftsministerin Emilia Müller hat dazu ein Förderprogramm aufgelegt, das sich ihr Haus und das Agrarministerium in etwa zur Hälfte teilen.

Die Fraktionen im Landtag hatten schon lange darauf gedrängt, doch Müllers Vorgänger Erwin Huber vertraute auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes. Weil für die Telekommunikationsunternehmen das Verlegen der Kupferkabel in ländlichen Regionen mit wenigen Nutzern aber unrentabel war, ging in den Dörfern kaum etwas voran.

Mit der staatlichen Förderung soll sich das nun ändern. „Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raumes und insbesondere seiner Attraktivität als Wirtschaftsstandort“, begründete Müller das Umdenken in ihrem Ministerium. Förder-



Die Schnelligkeit der Netzverbindung ist noch immer abhängig vom Wohnort Foto: dpa

berechtigt sind Kommunen mit bis zu 10 000 Einwohnern, wobei ein Schwerpunkt auf kleineren Ortschaften mit weniger als 2000 Einwohnern liegt. Auf Druck von Abgeordneten aller Fraktionen wurden die Richtlinien insofern noch modifiziert, als nun auch kleine Ortsteile von Städten über 10 000 Einwohner in den Genuss der Förderung kommen können. Für alle weißen DSL-Flecken gilt nun eine Zuschusshöhe von 50 Prozent oder maximal 50 000 Euro der auf die Gemeinden entfallenden Investitionskosten,

in Einzelfällen mit Pilotcharakter werden bis zu 100 000 Euro gezahlt. Arbeiten mehrere Kommunen bei einem Projekt zusammen, erhöht sich die Maximalförderung je Gemeinde auf 75 000 Euro.

Opposition kritisiert zu spätes Handeln
Zuschussfähig sind auch die Planungskosten. Allerdings schränkte Müller ein, dass man „nicht jeden Weiler mit einem Breitbandkabel versorgen“ könne. Hier würden wohl Funktechniken die günstigste Alternative sein. Im Wirtschaftsausschuss warf Hildegard Kronawitter (SPD) der Staatsregierung zu spätes Handeln vor. „Wären Sie gleich unseren Anträgen gefolgt, könnten wir die Förderung schon seit zwei Jahren haben“, sagte sie.

Als „absolut unbefriedigend“ bezeichnete der Grüne Christian Magerl das Programm. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse könne damit nicht erreicht werden, es drohe weitere Abwanderung von Betrieben und Menschen aus ländlichen Gegenden. Einhelliges Lob kam von Reinhold Bocklet (CSU). Bayern sei das erste Bundesland, das ein DSL-Programm für das gesamte Staatsgebiet auflege.

/Jürgen Umlauf

Umweltausschuss: Neue Zulassungsrichtlinien für kleine Metzgereien

Über die Auswirkungen der Zulassungspflicht auf kleinere, selbstschlachtende und fleischverarbeitende Metzgereibetriebe („Maximilianeum“ berichtete darüber auch in der Ausgabe 2/2007) referierte vor dem Umweltausschuss Staatssekretär Dr. Marcel Huber.

Aufgrund einer EU-Richtlinie muss ein Schlachtbetrieb in Bayern bis 1. Oktober 2010 nach neuen Regeln zugelassen sein, um

weiter schlachten zu dürfen. „Wer sich bis 31.12.2009 bewirbt, kann mit einem rechtzeitigen Bescheid durch das Ministerium rechnen“, sagte Staatssekretär Huber. An der neuen Regelung, mit der die EU europaweit einheitliche Hygienemaßnahmen sicherstellen wolle, „führt kein Weg vorbei“. Doch habe man den Metzgern die Umstellung so leicht wie möglich machen wollen. So gibt es auf der Homepage des Umweltministeriums einen

[Leitfaden für die Zulassung kleiner handwerklicher Metzgereien und Direktvermarkter](#)

zum Herunterladen. Von der Zulassung ausgenommen werden kann ein Betrieb nur dann, wenn er nicht mehr als ein Drittel der Herstellungsmenge tierischer Lebensmittel in einem Umkreis von maximal 100 Kilometern an andere Einzelhandelsbetriebe abgibt. Der

„Angst vieler kleinerer Schlachtbetriebe“ sei man sich im Ministerium bewusst. Viele Metzger fürchten, sich die Umsetzung der neuen Hygienemaßnahmen, die mit Neuanschaffungen verbunden sein werden, nicht mehr leisten zu können. „Aber wer bisher ordentlich gearbeitet hat, muss sich auch in Zukunft keine Sorgen machen“, so Huber. Der Amtsve-
terinär vor Ort werde mit Augenmaß und mit Blick auf den Einzelfall entscheiden.

„Feinkostladen Bayern“: 3500 kleinere Metzgereien sind im Freistaat betroffen

Die CSU-Abgeordnete Edeltraud Plattner äußerte die Bitte, die Veterinäre mögen bei der Prüfung nicht „päpstlicher als der Papst“ sein. Schließlich zeichne die Vielzahl an Metzgereien den Freistaat vor anderen Bundesländern aus. Die Vize-Ausschussvorsitzende Ruth Paulig (Grüne) begrüßte Hubers „klare Worte“. Jetzt wisse jeder Metzger, worauf er sich einzustellen habe.

Christoph Rabenstein (SPD) argumentierte, auf dem Land könne der Verbraucher direkter kontrollieren als der Staat: „Wenn ein Metzger schlecht ist, spricht sich das im Dorf schnell rum.“ Huber ermutigte die Metzger, sich den neuen Regelungen zu stellen. „Sie sind nötig, nicht änderbar und zudem machbar.“ /der



Umsetzung der neuen Zulassungspflicht: Ein Leitfaden der Staatsregierung gibt kleinen Metzgereien hilfreiche Orientierung. /Foto: Stehle

Haushaltsausschuss:

Nachtragshaushalt verabschiedet

Um 1,5 Prozent höher liegen die Ausgaben für 2008 gegenüber dem ursprünglich veranschlagten Doppelhaushalt 2007/08. Der Haushalt 2008 kommt ohne neue Schulden aus. Dank sprudelnder Steuerquellen können weitere 200 Millionen Euro an Altschulden getilgt und 400 Millionen Euro in eine Rücklage eingestellt werden. Finanzminister Erwin Huber sprach im Ausschuss von einem „beispielhaften Signal für ganz Deutschland“. Mit seiner soliden Finanzpolitik eröffne der Freistaat späteren Generationen neue Handlungsspielräume. Daneben seien die Investitionen um 800 Millionen Euro auf 5,1 Milliarden gestiegen. Das neue Geld fließt zum Beispiel in den Staatsstraßenbau und die energetische Sanierung staatlicher Gebäude. Werner Schieder (SPD) merkte an, die besonders hohen Ausgaben heuer seien der Landtagswahl im September geschuldet. In den Folgejahren werde das Geld wieder eingespart. Für die Grünen äußerte Thomas Mütze die Kritik, die jetzt angesprochenen Investitionen seien die Schlussfolgerung aus dem christsozialen „Dreiklang: kürzen, kapputgehen lassen und dann reparieren“. Das aber sei keine nachhaltige Politik. /der

Schwaben – Geschichte und Identität

Berge, Seen, Flüsse, Wälder – Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist aber auch reich an Geschichte und kultureller Vielfalt. In der Serie „Typisch Bayern“ wirft „Maximilianeum“ einen Blick auf die Lebensweise, die Bräuche und die Mentalität der Menschen in den einzelnen Regierungsbezirken. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe steht Schwaben.

Am Beginn der schwäbischen Geschichte stehen die Alemannen, die im 3. Jahrhundert in das römische Süddeutschland eindrangen. Ihr Name bedeutet „Menschen/Männer“ und wird seit dem 6. Jahrhundert mit den Namen der Sueben/Suevi, also Schwaben, inhaltsgleich

verwendet. Die politischen Geschicke Schwabens, das im 9. Jahrhundert vom Lech bis ins Elsass und die Schweiz reichte, standen im Hochmittelalter in enger Bindung zu König und Reich und waren geprägt durch eine herrschaftliche Kleinräumigkeit mit den Welfen,

Staufern und Zähringern als den bedeutendsten Herzogsgeschlechtern. Mit dem Aussterben der süddeutschen Welfen 1191 und dem Tod Konradins, des letzten Staufers, 1268 gab es im östlichen Schwaben, insbesondere im heutigen bayerischen Schwaben und in Oberschwaben, keine zentrale politische Kraft mehr.

Es entstand eine politische Kleinräumigkeit, die Schwaben bis zum Übergang des östlichen Teils an Bayern 1803/06 prägte und bis heute in Kultur, Erinnerung und Mentalität fortwirkt und erfahrbar ist. Kennzeichnend für dieses Bild sind an die 100 selbständige Herrschaften allein in Bayerisch-Schwaben – darunter das Hochstift Augsburg, die Reichsstädte, die Grafen- und Fürstentümer der Fugger, Oettingen-Wallerstein, Königsegg, Freiberg, Rechberg

und andere mehr. Auch landschaftlich ist der schwäbische Raum vielgestaltig: Er reicht von der schwäbischen und fränkischen Alp mit dem Rieskessel, der durch einen Meteoriteneinschlag vor 14,7 Millionen Jahren entstand, über das Donautal, das tertiäre Hügelland bis zu den Alpen und dem schwäbischen Meer, dem Bodensee, Zentrum der alemannischen Kultur im Frühmittelalter.

Die natur- und kulturräumliche Vielgestaltigkeit wurde noch verstärkt durch die Reformation, die sich in den Reichsstädten, Teilen Mittelschwabens und des Rieses durchsetzte und die in Augsburg in Folge der Übergabe der Confessio Augustana, der grundlegenden evangelischen Bekenntnisschrift, auf den Reichstag von 1530 und des Augsburger Religionsfriedens von 1555 einen zentralen



Essay von Dr. Peter Fassl, Bezirksheimatpfleger von Schwaben

Ort des Protestantismus besitzt. Zudem war Schwaben seit dem 13. Jahrhundert eine jüdische Landschaft, die mit über 20 Friedhöfen, den Synagogen in Hainsfarth, Binswangen, Ichenhausen und der heute wieder blühenden Gemeinde in Augsburg den Kulturbruch des Holocaust überstanden hat. Und wie lassen sich die Schwaben beschreiben? Für die Bewohner war die Patria (Heimat) die jeweilige

alle Kräfte auf bürgerliche und künstlerische Leistungen in Architektur, Kunst, Literatur und Wirtschaft – bis heute. So mögen der Augsburger Dom mit den ältesten farbigen Glasfenstern und dem Bronzeportal für die romanische Baukunst stehen, St. Georg in Nördlingen für die Gotik und die Leistungskraft der Bürgerschaft, die Fuggerkapelle in St. Anna für die frühe Rezeption der Renaissance in Augs-

Weltwirtschaft, Diesel ist der bekannteste deutsche Name auf der Welt, und für Bert Brecht wurde die Industriestadt des 20. Jahrhunderts zu klein.

Was den Schwaben fehlt, jedoch auch nicht vermisst wird, sind militärische Leistungen. Eine gewisse republikanische Widerspenstigkeit und Eigenbrödlertum zeichnet sie vielmehr aus. Man kann dies am Bauernkrieg in Schwaben erkennen, an der Vereinödung der Dörfer im Allgäu, die jeden Bauern gleichsam zu einem selbständigen Wirtschaftler machte, oder an der Revolution 1848/49, als die Schwaben lieber für ein deutsches Reich, selbst unter preußischer Herrschaft, als für Bayern stimmten. Den Expansionsbestrebungen der Mächtigen (Frankreich, Habsburg, Bayern) blieb man im Alten Reich hilflos ausgeliefert.

Nach dem Übergang an Bayern blieb bei den Schwaben der Reichsgedanke lebendig. Seit dem 11. Jahrhundert (Anno Lied) gibt es ein Nachdenken über die Schwaben, die sich immer wieder finden, entwerfen und in der Dialektik von Fremd- und Selbstbild neu bestimmen – tapfer, klug, wortgewandt, sparsam, besinnlich, heimatverbunden, reiselustig,

schaffig. Geschichte ist erinnerte, literarisch fortgeschriebene Geschichte. Die 150 historischen Vereine weben an diesem Netz.

Die Schwabenbilder spiegeln die jeweilige Geschichte, zeigen aber eine eigenartige Konstanz: sparsam, fleißig, tüchtig, klug. Self-fulfilling Prophecy könnte man die positiven Merkmale nennen, an denen sich die Schwaben immer wieder abarbeiten. Sie sind leise, stolz auf ihre Leistungen und können, wie die liebevoll gepflegte Geschichte von den sieben Schwaben zeigt, herzlich über sich lachen – vielleicht ihre stärkste Eigenschaft.

Sparsam, fleißig, tüchtig, klug: von der den Schwaben eigenen „Self-fulfilling Prophecy“

Stadt, das Kloster, die Herrschaft. Die Kleinräumigkeit war eingebunden und gesichert durch das Reich, organisatorisch greifbar seit 1500 im schwäbischen Reichskreis. Nähe und natürliche „Internationalität“ zeigen sich beispielsweise bei der Ausstattung der kleinsten Dorfkirche mit Künstlern aus ganz Europa, den Bibliotheken der Klöster, den Studenten und Professoren der Universität Dillingen (gegründet 1549), den Wirtschaftsbeziehungen der Städte oder den Heiratsverbindungen des Adels. Politisch ein Zwerg, kulturell und wirtschaftlich ein Riese, konzentrieren sich

burg, die Klosteranlage von Ottobeuren für die Pracht der Barockzeit wie die wirtschaftliche und gewerbliche Entwicklung des flachen Landes, Ludwigs Neuschwanstein für die Träumereien des 19. Jahrhunderts, der Glaspalast und Thomas Wechs Don Bosco-Kirche in Augsburg für die architektonische Moderne des 20. Jahrhunderts. Die Geistes- und Kunstgeschichte Schwabens ist häufig prägender Teil der allgemeinen Kulturgeschichte: Albertus Magnus fasste das mittelalterliche Wissen zusammen, die Holbeins malten für Augsburg, Fürsten und Könige, die Fugger stehen für



Peter Fassl, Dr. phil., M.A., Dipl. theol., geboren 1955 in Augsburg, ist seit 1987 Heimatpfleger des Bezirks Schwaben. Er hat Lehraufträge an der Universität und der Fachhochschule Augsburg. Er ist u.a.

Vorstandsmitglied des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte und Sprecher der bayerischen Bezirksheimatpfleger. [➔ MEHR](#)

Wo Gemeinsames über Trennendes siegt

Die ehemaligen Abgeordneten des Bayerischen Landtags haben einen eigenen Verein

Einst zur eigenen sozialen Absicherung gegründet, konzentriert sich die Arbeit des Vereins ehemaliger Abgeordneter heute auf kulturelle Zwecke und gemeinsame Studienfahrten.

„Der Verein ist parteiübergreifend“, betont Heribert Neuffer, Mitarbeiter des Landtagsamts, der seit vielen Jahren als Geschäftsführer der „Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des bayerischen Landtages e.V.“ fungiert. Deren Vorstandsmitglieder sitzen jetzt in einem Besprechungszimmer im Seitenflügel des Maximilianeums, und in der Tat sortieren sich die Anwesenden nicht nach Parteizugehörigkeit. So sitzt die zweite Vorsitzende Carmen König-Rothmund (eine ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete) etwa neben dem ersten Vorsitzenden, Georg Freiherr von Freyberg-Eisenberg, der bis 1982 für die CSU dem



Früher der Arbeitsplatz der ehemaligen Abgeordneten: der Plenarsaal vor dem Umbau.

/Foto: ddp

Landtag angehörte. Er ist extra aus Rom eingeflogen, denn an diesem Tag findet im Sitzungssaal 1 die Jahreshauptversammlung des Vereins statt. Mit dabei ist dann zum Beispiel auch Vereins-Schatzmeisterin Christa Harrer aus Bad Tölz, die bis 1998 als Abgeordnete 20 Jahre im Landtag saß. Diese Jahreshauptver-

sammlung ist eine der Möglichkeiten für die 235 Mitglieder des Vereins, sich zu treffen.

Gegründet wurde der Verein 1975 in München von dem Abgeordneten Karl von Brentano. Einer der damaligen Gründungszwecke war die soziale Absicherung und Altersversorgung

der aus dem Landtag ausgeschiedenen Abgeordneten. So finden sich auch heute noch unter Paragraph 2 der Vereinssatzung die Zwecke: „Vertretung der Interessen früherer Mandatsträger und ihrer Hinterbliebenen“

Fortsetzung Seite 16

Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten

sowie „Beratende Beteiligung bei Gesetzesvorhaben des Parlaments in Versorgungsfragen ehemaliger Abgeordneter“. Hervorgegangen war der Verein aus der 1973 gegründeten „Gemeinschaft ehemaliger Abgeordneter“.

Heute liegt der Hauptzweck des Vereins im kulturellen Bereich, und er hat sich der Förderung des demokratischen Staatswesens, insbesondere der föderalistischen Struktur in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft zugewandt. Außerdem sollen die Mitglieder ihre Erfahrungen und Erinnerungen niederlegen und für die Zeitgeschichte und parlamentarische Arbeit dienstbar machen. So ist der Haupttagespunkt der Vorstandssitzung auch der Kultur gewidmet: Es geht um die Reise des Vereins im kommenden Jahr, Köln und Aachen werden als Ziele vorgeschlagen.

Diese Reisen, die im Übrigen von den Mitgliedern selbst bezahlt werden, haben durchaus einen politischen Charakter, wie Carmen König-Rothmund betont. Heuer geht es zum Beispiel im Mai in die polnische Stadt Krakau. Auf dem Programm stehen dabei der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz, eine Audienz beim Kardinal von Krakau sowie die Visite in einem Lastwagen-Werk. „Wir wollen auch unsere Erfahrung als

Demokraten weitergeben“, beschreibt Carmen König-Rothmund ihre Motivation bei den Auslandsreisen.

Nach der Vorstandssitzung macht sich der Vorstand auf den Weg zum Sitzungssaal im ersten Stock des Landtags. Dort wird die diesjährige Jahreshauptversammlung über die Bühne gehen. Das ist dann ganz normales Vereinsleben mit Tätigkeitsbericht, Entlastung des Vorstandes, Bericht der Rechnungsprüfer und Informationen zu den Vereinsreisen 2008 und 2009.

Nicht ganz so gewöhnlich ist, dass das Grußwort vom Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, kommt. Der überbringt Grüße des Landtagspräsidenten Alois Glück (Gantzer: „der bald einer von Ihnen sein wird“) und erinnert daran, dass die „Vereinigung ehemaliger Abgeordneter“ sich ab Oktober 2008 – also nach Auslaufen der Legislaturperiode – auf viele neue Mitglieder freuen kann. Und dann kehrt auch der Vizepräsident den parteiübergreifenden Charakter der Ehemaligen-Vereinigung hervor: „Bei Demokraten sollte das Gemeinsame das Trennende überwiegen.“ [MEHR](#)

/Rudolf Stumberger

Bayerischer Landtag macht Station in Rosenheim

Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern „vor Ort“: Der Bayerische Landtag präsentiert sich mit einem eigenen Informationsstand auf der Neuen Messe in Rosenheim. Schauen Sie doch vorbei! Sie finden den „Landtag“ noch bis zum 4. Mai 2008 in der Halle 6.



Die Landtagsabgeordneten Klaus Stöttner (CSU) und Barbara Rütting (Bündnis 90/Die Grünen) stellten am 26. April 2008 zusammen den Messestand des Landtags vor.

Foto: Schmitt

Wer den Bayerischen Landtag näher kennenlernen möchte, kann die baye-

rischen Volksvertreter auch in Rosenheim besuchen – am modernen Stand auf der Neuen Messe (Halle 6). Dort wird anschaulich erläutert, wie sich das bayerische Parlament zusammensetzt, wie es arbeitet und wie es funktioniert. Landtagsabgeordnete und Mitarbeiter des Landtagsamts stehen als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung und beantworten gerne Ihre Fragen. Die genauen Zeiten, wann die einzelnen Mandatsträger am Messestand Sprechzeiten haben und als Diskussionspartner zur Verfügung stehen, finden sie [hier](#).

Wer sich für politische Themen und Staatskunde interessiert, kann sein Wissen auch bei einem Preisrätsel testen. Täglich werden attraktive Preise, u.a. Telefonkarten des Bayerischen Landtags, die bei Sammlern höchst begehrt sind, verlost.

/kh

Nach einem Willy kommen sieben Scharping

Arbeitskreis „Hohn & Spott“ nimmt die Landespolitik unter die kabarettistische Lupe

Unter allen deutschen Länderparlamenten hat nur Bayerns Landtag ein eigenes Kabarett – den „Arbeitskreis Hohn & Spott“ der SPD-Fraktion. „Maximilianeum“ war beim Auftritt im Münchner Hofbräukeller dabei.

Als „schärfste und geheimste Waffe“ seiner SPD-Landtagsfraktion hatte Fraktionschef Franz Maget das Abgeordnetenquintett angekündigt, das bislang nur auf Klausurtagungen in Kloster Irsee auftrat, um den Teilnehmern nach den anstrengenden Debatten des Tages abends ein wenig Kurzweil zu bereiten. Mittlerweile gastiert das Ensemble in Berlin und tourt durch den Freistaat. Ja, der Freistaat: „Hier soll es ja in manchen Landstrichen mehr Feldhasen als Sozis geben“, sinniert [Wolfgang Vogel](#). „Unsere letzten Erfolge waren vor



„Arbeitskreis Hohn & Spott“ (v.l.): [Linus Förster](#), [Wolfgang Vogel](#), [Christa Steiger](#), [Johanna Werner-Muggendorfer](#) und [Gudrun Peters](#) gaben sich rockig und zugleich heimatverbunden. Foto: [Leiprecht](#)

der Alpenfaltung, und die hat auch die CSU gemacht.“ Aber es gebe eine Erklärung für die sozialdemokratische Dürre: „Nach einem Willy Brandt kommen sieben Scharping.“ Auch [Johanna Werner-Muggendorfer](#) beklagt

das politische Klima, das vor allem ihrem Fraktionsvorsitzenden zu schaffen mache. „Wenn der Maget übers Wasser laufen könnte, dann täten die Leut sagen: Ja, kann der nicht schwimmen?“ Mut machen sich die Genossen

darum mit populärem Liedgut und eigenen Reimen. Auf die bekannte Feuerstein-Melodie, zu der Fred Feuerstein feierabendlich heim zu Wilma fährt, singt das Quintett: „Wir sind die Becksteins, ja die Becksteins ...“ – und vor dem geistigen Auge wird Wilma zu Marga.

**„Mer sacht ja nix,
mer red ja bloß“**

[Linus Förster](#) hingegen glänzt vor allem als Leadsänger und rockiger Gitarrespieler. [Wolfgang Vogel](#) gibt den nachdenklich-altersweisen Arbeiterphilosophen. [Gudrun Peters](#) taucht als Kellnerin plötzlich im Publikum auf und schenkt dort, mit vollem Tablett auf dem Arm, fröhlich ein: „Als Niederbayer denkt man: Könnte der nicht aus Oberbayern sein?“, sagt sie en passant über [Erwin Huber](#).

[Christa Steiger](#) macht sich als Türkin über die Ausländerpolitik der CSU lustig, und [Johanna Werner-Muggendorfer](#) als Putzfrau knöpft sich Freund und Feind nach dem Motto „mer sacht ja nichts, mer red ja bloß“ vor. [Franz Maget](#) etwa lasse Schuhe mit Absätzen in der Fraktion verteilen. „Und nun sollen wir sie verkehrt herum anziehen, damit wir denken, dass es aufwärts geht.“ */Jan Dermietzel*

Sternstunden der Parlamentsstenografie

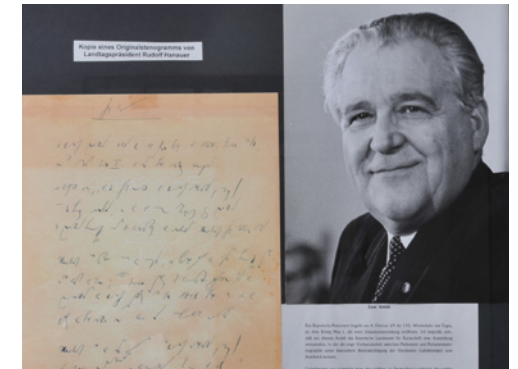
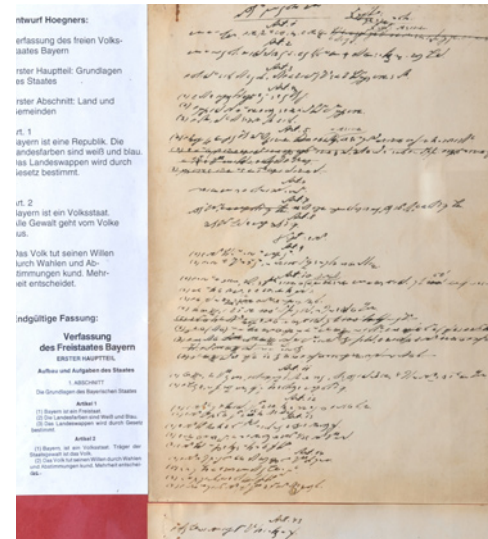
Neue Dauerausstellung im Maximilianeum

Stenogramme berühmter bayerischer Politiker – darunter auch die stenografischen Entwürfe aus der Feder von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner zur Bayerischen Verfassung aus dem Jahre 1946: Diese und andere kleine Kostbarkeiten der Parlamentsstenografie zeigt eine neue Dauerausstellung. Sie dokumentiert die Entwicklung des Stenografischen Dienstes im Landtag, spiegelt darüber hinaus aber auch ein Stück Geschichte der Deutschen Einheitskurzschrift wider.

Bei der Entwicklung der Deutschen Einheitskurzschrift spielte ein bayerischer Ministerialsekretär eine wegweisende Rolle: Franz Xaver Gabelsberger (1789–1849) erfand eine kursive Kurzschrift, die wie die Schreibschrift in einer einheitlichen Richtung verläuft und sich flüssig schreiben lässt. 1834 erschien dazu in München sein Hauptwerk, die „Anleitung zur deutschen Redezeichenkunst oder Stenographie“.

Die von Gabelsberger erfundene kursive Kurzschrift bedeutete einen großen Fortschritt gegenüber der damals als vorbildlich geltenden englischen Kurzschrift. Diese war mit ihren voneinander abgesetzten, geometrischen Zeichen unhandlich und passte nicht

so recht zur deutschen Sprache. Die Erfindung Gabelsbergers kam zudem genau zum richtigen Zeitpunkt: In Deutschland breitete sich demokratisches Denken aus, Parlamente entstanden, Verfassungen wurden diskutiert, Vereine gegründet. Liberaler Geist zog durch das Land, ließ Handel, Handwerk und Industrie aufblühen. Auf solchem Boden konnte Stenografie gedeihen. Allerdings sprossen in den Jahrzehnten nach 1850 sehr viele weitere Kurzschriftsysteme hervor: Außer Gabelsberger und Stolze-Schrey – nach Gabelsberger das am zweithäufigsten verwendete Stenografie-System in Deutschland – machten auch noch andere Systeme und Varianten von sich reden. Von vielen Seiten begrüßt wurde daher die 1924 eingeführte Deutsche Einheitskurz-



Stenografischer Entwurf der Bayerischen Verfassung von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (links) und Kopie eines Stenogramms von Landtagspräsident Rudolf Hanauer (oben).

schrift, die hauptsächlich aus den Systemen von Gabelsberger und Stolze-Schrey entwickelt wurde.

Die Ausstellung im Landtag dokumentiert im gesamtdeutschen Kontext die Lebensgeschichte und das Lebenswerk Gabelsbergers, das dieser „in Liebe und Dankbarkeit seinem Vaterland Bayern“ gewidmet hatte. Neben Fotos und Original-Dokumenten des berühmten Münchner Stenografen wirft die

Ausstellung aber auch Schlaglichter auf die Entwicklung des Stenografischen Dienstes des Bayerischen Landtags seit 1946. Damals wie heute halten die Stenografen des Landtags während der Plenarsitzungen nicht nur die Redebeiträge der Politiker fest, sondern haben stets das Gesamtgeschehen im Sitzungssaal im Auge, d. h. sie notieren auch Zwischenrufe, Beifallsbekundungen oder Missfallensäußerungen. Den Schwerpunkt der Stenografen-

Fortsetzung Seite 19

Ausstellung zur Parlamentsstenografie



Ausstellung mit Sachkenntnis und Liebe zum Detail zusammengestellt: Dolores Reiser und Alfred Vogel vom Stenografischen Dienst mit einem Dokument aus der Zeit Gabelsbergers.

Fotos: Poss

tätigkeit beim Bayerischen Landtag bildet die Protokollierung der Ausschusssitzungen. Bis 1982 nahm übrigens ein eigenes Landesamt für Kurzschrift diese Aufgabe wahr. Im Zuge seiner Auflösung wurde der Stenografische Dienst in die Landtagsverwaltung integriert und die Ausbildung der Fachlehrer für Stenografie und Maschinenschreiben in die Hände der regionalen Stenografenvereine gelegt. Die Ausstellung gibt interessante Einblicke in den Arbeitsalltag der Parlamentsstenografen. Dabei wird auch die Bürotechnik im Wandel der Zeit vorgestellt – z. B. die original Stoeber Schreibmaschine, auf der 1946 die Bayerische Verfassung getippt worden war; oder eine Mignon-Maschine, mit der bereits in den 20er Jahren die Typografien gewechselt werden konnten; aber auch Uhren zum Stoppen der Redezeit oder Aufnahmegeräte. Bei einem

Großteil der Exponate handelt es sich um Ausstellungsstücke, die der Bayerische Landtag 1999 anlässlich des 150. Todestages von Franz Xaver Gabelsberger im Maximilianeum in einer Sonderausstellung gezeigt hatte. Weitere Exponate wurden von dem in München ansässigen Stenographen-Zentralverein Gabelsberger e.V. als Leihgaben zur Verfügung gestellt.

„Durch die Bündelung der Exponate hier im Landtag konnte eine wirklich wertvolle und sehenswerte Ausstellung zur Parlamentsstenografie zusammengestellt werden“, freut sich Landtagsstenograf Alfred Vogel, der zugleich Vorsitzender des Münchner Stenografenvereins ist. „Das Maximilianeum bietet den geeigneten Rahmen, um diese Themenausstellung zu präsentieren.“ /kh

Bayerisch-Bulgarische Begegnung im Landtag

Bayern und Bulgarien wollen ihre Beziehungen weiter ausbauen – das betonten die Parlamentspräsidenten beider Länder, Alois Glück und Georgi Pirinski, anlässlich des Besuchs einer bulgarischen Delegation am 9. April im Bayerischen Landtag.



Begrüßung in der Eingangshalle (v.l.): Georgi Pirinski, Petar Georgiev Kanev, Alois Glück, Dr. Berndt Jäger und Prof. Dr. Peter Paul Gantzer.

Foto: Poss

„Es ist uns ein großes Anliegen, die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zu intensivieren“, erklärten die Parlamentspräsidenten nach einem Arbeitsgespräch

im Lesesaal des Maximilianeums und verwiesen auf vielfältige, bereits bestehende Berührungspunkte zwischen beiden Ländern. Bayern unterstützt Bulgarien auf den Gebieten der Inneren Sicherheit, Rechtsordnung und Bildung. Auf parlamentarischer Ebene hätten sich Kontakte u. a. während der Informationsreisen zweier Landtagsausschüsse nach Bulgarien in dieser Legislaturperiode ergeben. Gerade im Hinblick auf das Zusammenwachsen in der Europäischen Union seien Begegnungen dieser Art sehr wertvoll, unterstrich Alois Glück.

Neben dem politischen Gedankenaustausch galt der Besuch auch der kulturellen Begegnung: Die Parlamentspräsidenten und Dr. Meglena Plugtschieva, Botschafterin der Republik Bulgarien, eröffneten im Foyer Nord gemeinsam eine **Fotoausstellung** des Nationalfonds mit dem Titel „Bulgarien in voller Pracht“.

/kh

EPSILON-Schülerparlament tagte

Teil der EU-Bildungsinitiative „Comenius“

44 Schülerinnen und Schüler aus Belgien, Deutschland, Finnland, Italien, Polen, Russland und der Türkei tagten Mitte April auf Einladung von Landtagsvizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer im Maximilianeum. Sie simulierten im Rahmen des EU-Bildungsprojekts EPSILON ein europäisches Gipfeltreffen, bei dem Resolutionen zu den Themen „Klimaschutz“ und „Toleranz“ verabschiedet wurden.



Abschluss des Bildungsprojekts im Maximilianeum. Foto: Helmö

„Wenn Sie nach dieser Veranstaltung sagen, Demokratie ist zwar anstrengend, jedoch die praktikabelste und die lohnendste Regierungsform, dann war dieses Treffen hier im Bayerischen Landtag ein Erfolg“, erklärte Prof. Dr. Peter Paul Gantzer beim Empfang der Jugendlichen im Steinernen Saal. Die eintägigen Plenarberatungen der Schülerinnen und Schüler im Bayerischen Landtag bildeten

den „parlamentarischen Abschluss“ der diesjährigen Projekt-Phase von EPSILON. Auf der Agenda standen die Themen Klimaschutz und Toleranz. Zuvor waren diese Problemfelder gemeinsam im Jugendbegegnungszentrum in Dachau inhaltlich vorbereitet worden. Zeit und Raum blieb den jungen „Politikern“

während ihres dreitägigen Aufenthalts in München aber auch für das persönliche Kennenlernen und für kulturelle Veranstaltungen wie den Besuch einer Aufführung des Bayerischen Staatsballetts und des Hofbräuhauses.

Im Rahmen des Bildungsprojekts EPSILON (European Parliament Simulation Improving Learning Organized Negotiation) treffen sich Schülerinnen und Schüler der beteiligten Länder alljährlich, um miteinander Sitzungen des Europäischen Parlaments nachzuspielen. EPSILON ist Teil der EU-Bildungsinitiative „Comenius“, an der das *Obermenzinger Gymnasium* in München seit 1996 beteiligt ist. Das Gymnasium fungierte heuer als Gastgeber und Mitorganisator. Die von den Jugendlichen in München verabschiedeten Resolutionen wurden am 18. April feierlich an Vertreter des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission übergeben. /kh

Ausschreibung

Integrationspreis „JobErfolg 2008“

Zum vierten Mal wird im Rahmen des Welttags für Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2008 der Integrationspreis „JobErfolg – Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz“ verliehen. Ausgezeichnet werden private und öffentliche Arbeitgeber, die besondere Anstrengungen unternommen haben, um Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben zu integrieren.

Damit wird einerseits die Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderung hervorgehoben, andererseits werden Arbeitgeber ermutigt, Menschen mit Behinderung in das Erwerbsleben aufzunehmen. Der Preis wird ausgelobt von der Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen und dem Präsidenten des Bayerischen Landtags. Die Ausschreibungsunterlagen finden Sie unter www.behindertenbeauftragte.bayern.de Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2008./kh

Allgäuer Wochen im Bayerischen Landtag



Die Allgäuer und Schwaben bildeten über Parteigrenzen hinweg am 9. April die wohl „stärkste Fraktion“ im Bayerischen Landtag: An diesem Tag eröffnete im Maximilianeum Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm zusammen mit Josef Miller, Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, die „Allgäuer Woche“. Musikalische und kulinarische Spezialitäten, aber auch vielfältige Informationsangebote zu erfolgreichen

Regionalentwicklungsprojekten zeigten: Das Allgäu ist nicht nur reich an Kultur und Natur, sondern auch reich an Ideen. Die Palette der vorgestellten und mit 26 Millionen Euro geförderten Initiativen reichten vom bäuerlichen *Informationszentrum* inklusive Käsealp über die Westallgäuer Weißtanneninitiative, das *Bergbauernmuseum im Oberallgäuer Diepolz* und der Gesundheitsregion Unterallgäu bis hin zum ersten ökumenischen Pilgerzentrum Deutschlands. Auf große Resonanz stießen auch die Eckartser Alphornbläser, die in der Eingangshalle West für alpenländische Stimmung sorgten.

An den Messe- und Informationsständen gab es viel zu

sehen und zu hören. Die Besucher konnten das Allgäu aber auch riechen – zum Beispiel seine Kräuter. Und schmecken: In der Gaststätte des Bayerischen Landtags kamen während der Spezialitätentage schwäbisch-allgäuerische Leibspeisen auf die Teller. /kh



Fotos: Poss

Schwäbisch-allgäuerische „Koalition“ mit Landtagsvizepräsidentin Barbara Stamm und Landwirtschaftsminister Josef Miller (Mitte).

Impressum

Herausgeber:

Bayerischer Landtag, Landtagsamt, Maximilianeum, 81627 München
Der Bayerische Landtag bringt das Online-Magazin „Maximilianeum“ zehnmal jährlich in Kooperation mit der Bayerischen Staatszeitung, Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München, Tel: 089/290142-11, heraus.

Redaktion:

Axel Stehle (V.i.S.d.P., Landtagsamt)
Katja Helmö (Landtagsamt)
Jan Karl Dermietzel (Bayerische Staatszeitung)

Anschrift:

Redaktion Maximilianeum Online
Bayerischer Landtag, Landtagsamt Maximilianeum, 81627 München
Telefon: 089/41 26-0, E-Mail: maximilianeum-online@bayern.landtag.de

Grafik/Design:

Creation Club (CC) GmbH, Medienallee 19, 85774 Unterföhring

Alle veröffentlichten Bilder und Texte unterliegen dem Urheberrecht des Bayerischen Landtags bzw. der angegebenen Personen. Ein Download oder Ausdruck ist ausschließlich für den persönlichen Gebrauch gestattet. Alle darüber hinausgehenden Verwendungen, insbesondere die kommerzielle Nutzung und Verbreitung, sind grundsätzlich nicht gestattet und bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Bayerischen Landtags.

Politik und Kirche im Dialog

Erzbischof Dr. Reinhard Marx zu Antrittsbesuch im Maximilianeum



Antrittsbesuch im Maximilianeum: Landtagspräsident Alois Glück empfing Anfang April den neuen Erzbischof von München und Freising, Dr. Reinhard Marx. Im Mittelpunkt der gut einstündigen Begegnung stand ein intensiver Meinungs austausch über die Beziehung zwischen Staat und Kirche sowie grundsätzliche gesellschaftspolitische, soziale und ethische Fragen.

Foto: Poss